

Nach vier Jahren als Ministerpräsident kehrt Wladimir Putin für seine dritte Präsidentschaft in den Kreml zurück. Mit einem Ergebnis von über 63 Prozent Zustimmung konnte er sich bereits im ersten Urnengang bei den Präsidentenwahlen am 4. März 2012 gegen seine Kontrahenten durchsetzen. Die Wahlen standen national und international unter besonderer Beobachtung, da es nach den Parlamentswahlen im Dezember 2011 zu zahlreichen Protestkundgebungen gekommen war.

Dennoch bestand nie ernsthafter Zweifel an der Wiederwahl Putins. Dass er so deutlich gewann, lag auch an der Schwäche der Opposition: Sie ist zersplittert, und ihre Anführer stellen in den Augen der meisten Russen bisher keine glaubwürdige politische Alternative dar. Dennoch sind die Proteste nicht wirkungslos geblieben. Bereits wenige Wochen nach den ersten Demonstrationen kam es zu personalen und programmatischen Veränderungen. Ob es Putin gelingen kann, seine Kritiker zu beschwichtigen, wird wesentlich von der Regierungsbildung abhängig sein.

Putins Sieg

Am Abend der Parlamentswahlen zeigte sich Wladimir Putin auf der zentralen Siegesfeier auf dem Moskauer Manegeplatz erleichtert: Sein Dank gelte allen Wählern, die Ja zu einem großen Russland gesagt hätten, so der designierte Präsident. Die Präsidentschaftswahlen entsprachen sicher nicht im vollen Umfang den europäischen Standards. Bei der Mehrzahl der

von der Opposition angeführten Unregelmäßigkeiten habe es sich jedoch um Einzelbeschwerden von Personen gehandelt, die nicht auf den Wählerlisten aufgeführt gewesen seien, berichtete beispielsweise der OSZE-Beobachter und CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann. Trotz berechtigter Kritik an den Mängeln im Wahlablauf lässt sich nicht bestreiten, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung hinter Putin steht.

Hierfür gibt es zahlreiche Gründe. Da spielt auch das Staatsfernsehen eine Rolle, das Putin eindeutig favorisierte und seine Kritiker marginalisierte. Dieser Prozess hielt auch nach den Wahlen an. So zeigte beispielsweise der Sender NTW am 16. März eine „Dokumentation“ unter dem Titel „Die Anatomie des Protestes“, die ausländische Mächte für die Unruhen verantwortlich machte und darüber hinaus behauptete, die Oppositionellen hätten die Menschen mit Geld und Keksen für ihre Teilnahme an den Protesten entlohnt. Am Folgetag legten zahlreiche Demonstranten, die größtenteils der Mittelschicht angehören, Kekse vor dem Gebäude des Senders nieder.

Die einseitige Berichterstattung im Staatsfernsehen reicht jedoch nicht aus, um den Wahlerfolg Putins zu erklären. Historische Gründe und die von großen Teilen der Bevölkerung als positiv empfundene Entwicklung Russlands seit Beginn der ersten Präsidentschaft Putins im Jahr 2000 spielen eine mindestens ebenso entscheidende Rolle. Putins Beliebtheit ist auch Ergebnis der unter seiner Präsident-

schaft erreichten Stabilität im Vergleich zu den als „Wirren“ empfundenen 1990er-Jahren. Unter seinem Amtsvorgänger Boris Jelzin war es zu zahlreichen politischen und persönlichen Skandalen gekommen, darunter die Erstürmung des Parlamentsgebäudes am 4. Dezember 1993 als Folge einer innenpolitischen Krise. 1998 geriet die russische Wirtschaft ins Stocken, und kurz darauf wurde bekannt, dass Jelzin sich in der sogenannten Mabatex-Affäre im Zuge von Renovierungsarbeiten im Kreml persönlich bereichert haben soll. Im Zuge der Privatisierung konnte eine kleine Gruppe sehr große Vermögenswerte erlangen, während der Großteil der Bevölkerung zunehmend verarmte.

Am 17. August 1998 war dieser Prozess so weit vorangeschritten, dass Russland nach einem Absinken des Ölpreises zahlungsunfähig wurde und Guthaben auf Privatkonten gesperrt wurden. Die gesellschaftlichen Spannungen dieser Zeit waren enorm, hinzu kam die Verfestigung von mafiösen Strukturen in Staat und Wirtschaft. Die Überwindung der siebzigjährigen kommunistischen Diktatur stellte einen enormen gesellschaftlichen Kraftakt dar. Dieser Transformationsprozess wurde auch dadurch erschwert, dass der Wegfall der kommunistischen Ideologie einen gesamtgesellschaftlichen Werteverlust bedeutete. Es ging um nicht weniger als um die Suche einer neuen nationalen Identität.

Mehr als acht Millionen Russen, viele von ihnen Akademiker und Hochqualifizierte, verließen das Land; die meisten von ihnen immigrierten nach Israel, Deutschland und in die USA. Ihr Humankapital und ihre Kreativität fehlten beim Wiederaufbau der russischen Gesellschaft. Hinzu kam der mangelnde Unternehmergeist der Russen, die im Zuge der sozialistischen Erziehung und der Planwirtschaft kaum auf die Herausforderungen und Chancen einer Marktwirtschaft

eingestellt waren. Wachsende Arbeitslosigkeit und Korruption prägten den russischen Alltag.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Putin-Ära vielen Russen als Zeit der politischen Beständigkeit und der wirtschaftlichen Prosperität. Dies belegen auch Statistiken der Welthandelsorganisation (WTO), denen zufolge sich die Anzahl der in Armut lebenden Russen zwischen 2000 und 2010 halbiert hat. Es ist auch der Politik des Kremls, insbesondere dem ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin, zu verdanken, dass Russland im Zuge der Finanzkrise keine Einsparungen im sozialen Bereich vornehmen musste. Die Ausgaben im Sozialbereich wurden sogar erhöht. Russland konnte zu dessen Finanzierung auf einen Reservefonds zurückgreifen, in dem Mittel aus den russischen Energiegeschäften zurückgelegt worden waren.

Auch die Realeinkommen sind in den letzten Jahren trotz der internationalen Finanzkrise weiter gestiegen. 2008 stiegen sie um 2,4 Prozent, 2009 um 3,1 Prozent, 2010 um 5,1 Prozent und 2011 erneut um ein weiteres Prozent, so Putin in seinem Rechenschaftsbericht als Ministerpräsident vom 11. April 2012. Darüber hinaus hat Putin sich stets als Anwalt der Interessen der armen Bevölkerungsteile dargestellt. Erneut konnte er hier besonders viel Zuspruch erfahren.

Die Schwäche der anderen

Putins Stärke ist auch Ergebnis der Schwäche einer in sich zerrissenen Opposition. Die berechtigte Kritik an sozialen und politischen Missständen, wie sie beispielsweise der Unternehmer und unabhängige Präsidentschaftskandidat Michail Prochorow vorgetragen hat, war überfällig. Dementsprechend gelang es Prochorow auch bei den Präsidentschaftswahlen, in den Großstädten viel Zuspruch zu ernten, insbesondere bei der urbanen Mittelschicht, die Träger der

Protestkundgebungen war. In Moskau und St. Petersburg konnte er überraschend den zweiten Platz belegen, noch vor dem kommunistischen Kandidaten Gennadi Sjuganow. Den Oppositionskräften gelang es jedoch nicht, ein wegweisendes Konzept für die zukünftige Entwicklung Russlands vorzulegen. Die etablierten Oppositionellen wie Ryschcow, Nemzow und Kasjanow sind bei einer Vielzahl der russischen Bürger eher unbeliebt. Putins erfolgreichster Gegenkandidat, der Anführer der Kommunistischen Partei Gennadi Sjuganow, stellt ebenfalls keine ernsthafte politische Alternative dar. Seine Thesen sind rückwärtsgewandt und finden insbesondere bei Sowjetnostalgikern Zuspruch. So forderte er in seinem Wahlprogramm beispielsweise die Wiedereingliederung von Weißrussland und die Verstaatlichung von Banken und Unternehmen. Eine Bevölkerungsmehrheit ist für seine Vorstellungen nicht zu gewinnen.

Dementsprechend sind es auch weniger Politiker als vielmehr Vertreter der Intelligenzija, die von den Demonstranten als glaubhafte Vertreter ihrer Anliegen angesehen werden. Dies wurde auch in Umfragen belegt, die das unabhängige Lewada-Institut durchführte. Bei der Frage: „Welchem Oppositionsführer trauen Sie am ehesten?“ votierten 36 Prozent der Befragten für den Blogger Alexey Navalny, 35 Prozent stimmten für den Schriftsteller Boris Akunin. Die Zustimmung für Navalny mag dabei auch in seiner Ambivalenz begründet sein: Er hat zwar beständig und unerschrocken gegen Korruption und für seine politischen Überzeugungen gekämpft, ist aber ein Nationalist, der sich des Öfteren zu radikalen und extrem rassistischen Äußerungen hinreißen ließ. Sein Spagat zwischen nationalistischen und liberalen Thesen ließe sich kaum zu einem kohärenten politischen Programm zusammenfassen. Boris Akunin gehört zu den beliebtesten

Kriminalautoren des Landes, verfügt aber weder über politische Erfahrung noch über ein politisches Programm. Insgesamt fehlt es der Opposition an einer Führungsperson.

Befragungen unter den Demonstranten ergaben, dass nur vier Prozent angaben, aufgrund ihrer Sympathie für die Organisatoren, die zu den Protesten aufgerufen hatten, gekommen zu sein. 34 Prozent geben an, ihren Unmut über Fälschungen bei den Dumawahlen kundtun zu wollen. Gleichzeitig ist Putin in der Bevölkerung nach wie vor beliebt: In einer Umfrage stimmten nur sechs Prozent der Befragten dem Slogan „Russland ohne Putin“ zu. 38 Prozent stimmen dem Slogan „gar nicht“ zu. Diese Zahlen belegen auch die Ohnmacht der Opposition. Ob es den Demonstranten gelingen kann, ihren Interessen zukünftig mehr politisches Gehör zu verschaffen, wird wesentlich von der Glaubwürdigkeit und Professionalität ihrer Vertreter abhängen.

Programmatische Zugeständnisse und personale Veränderungen

Putin und die politische Führung waren zunächst von den Protesten überrascht, wie die ersten Reaktionen belegen. Es folgte jedoch eine personelle und programmatische Neuausrichtung. Zahlreiche Posten wurden in den ersten Wochen nach den Duma-Wahlen umbesetzt: Der russische NATO-Botschafter Dmitri Rogosin wurde zum Vizepremier ernannt. Experten vermuten, dass er besonders nationalistische Wähler anziehen sollte. Große Beachtung fand der Rollentausch zwischen Wjatscheslaw Surkow und Wjatscheslaw Wolodin. Surkow, der seit 2008 den Posten des ersten stellvertretenden Stabschefs Medwedews innehatte, gilt als einer der wichtigsten Architekten der russischen Innenpolitik. Seine Ernennung zum Vizepremier bleibt Gegenstand von Spekulationen. Einige Me-

dien sahen darin eine Reaktion auf das schlechte Abschneiden der Kreml-Partei bei den Parlamentswahlen; Kreml-Insider berichten jedoch, dass Surkow nicht länger habe im Hintergrund agieren mögen. Des Weiteren wurde der Sprecher der Staatsduma, Boris Gryslow, durch den Leiter der Präsidialadministration, Sergej Naryschkin, ersetzt. Gryslow hatte auf dem Posten zuletzt einen unzufriedenen Eindruck gemacht. International war er durch die Bemerkung bekannt geworden, dass das Parlament nicht der Ort für politische Debatten sei. Sergej Iwanow, der unter Putin sechs Jahre lang als Verteidigungsminister tätig gewesen war, übernahm den ehemaligen Posten von Naryschkin als Leiter der Präsidialverwaltung. Bereits kurz nach den Parlamentswahlen hatte Putin Stanislaw Goworuchin zu seinem Wahlstabschef berufen. Der bekannte Filmemacher, der vor zwölf Jahren selbst als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen angetreten war, hatte auf dem Parteitag von Einiges Russland im November 2011 als erster Redner für eine erneute Präsidentschaft Putins geworben. Die Berufung Goworuchins, der als russischer Patriot gilt, fand insbesondere bei konservativen Wählern Zuspruch.

Auch auf programmatischer Ebene wurde auf die Proteste reagiert. Elf Tage nach den Dumawahlen wurde die Sendung „Im Gespräch mit Putin“ ausgestrahlt, in der sich der Präsidentschaftskandidat den Fragen von Zuschauern aus ganz Russland stellte. Der Kreml ging auf einige wesentliche Forderungen der Opposition ein: Präsident Medwedew verkündete in seiner letzten Rede zur Lage der Nation die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen in den Regionen. Die Wahlen waren während der Präsidentschaft Putins abgeschafft worden, die Gouverneure wurden seither durch den Kreml bestimmt. Medwedew hat zudem einen leichteren Zugang von Par-

teien und Bewerbern zu Wahlen und eine bessere Kontrolle der Abstimmungen angekündigt. Kritiker bemängelten jedoch, dass ein Großteil dieser Vorhaben erst bei den kommenden Dumawahlen in fünf Jahren umgesetzt werden könne.

Nach den Parlamentswahlen hatte Putin nacheinander sieben Aufsätze veröffentlicht, in denen er aktuelle politische Themen behandelte. Beachtenswert war beispielsweise sein mehrseitiger Text zum Thema Migrationspolitik, der Ende Januar erschien. Putin spricht sich hier zwar deutlich für strengere Einwanderungsgesetze aus, gleichzeitig beschwört er aber Russlands Identität als Vielvölkerstaat. Trotz der politisch angespannten Situation nutzte Putin das Thema nicht, um mit populistischen Parolen auf Stimmenfang zu gehen. Innenpolitisch versprach er Reformen, um den sozialen Einfluss der Zivilgesellschaft zu stärken. Die russische Gesellschaft sei nicht mehr die gleiche wie noch vor zehn Jahren, so Putin. Unter seiner und Medwedews Führung sei eine Mittelschicht entstanden, die zunehmend politische Teilhabe verlange. Diesem Wunsch müsse und werde man nachkommen und entsprechende Mechanismen entwickeln, so Putin in seinem Aufsatz über „Demokratie und Staatspolitik“.

Implikationen für die Regierungsbildung

Die politischen Reaktionen belegen, dass die Proteste die politische Klasse wachgerüttelt haben. Dies ist trotz der verlorenen Wahl ein Erfolg der Opposition. Ob es langfristig zur Entwicklung eines funktionierenden Mehrparteiensystems kommt, wird maßgeblich auch von der Arbeit und den Bemühungen der Oppositionsparteien abhängig sein. Für die Entwicklung eines demokratischen Systems wird Russland eine starke Opposition benötigen. Die russische Opposition hat das politische System aufgebrochen. Sie wird

jedoch enger zusammenarbeiten müssen, um verstärkt auch eigene inhaltliche Akzente setzen zu können.

Um die wachsende Mittelschicht an sich zu binden, wäre Putin gut beraten, einen Teil der Agenda der Oppositionsbewegung in sein Programm zu integrieren. Auf einige ihrer politischen Forderungen ist er bereits eingegangen, aber auch die Regierungsbildung wird in diesem Zusammenhang entscheidend sein. Putin hat mehrfach eine Verjüngung der Regierung angekündigt. Hiervon könnte durchaus ein Signal der Öffnung ausgehen, da viele Russen das politische System als verkrustet empfinden.

Personeller Umbruch?

In personaler Hinsicht wurde ebenfalls über eine Regierungsbeteiligung von Oppositionspolitikern spekuliert; diese scheint jedoch momentan nicht wahrscheinlich zu sein. So hat beispielsweise Michail Prochorow einen Posten in der kommenden Regierung mehrfach ausgeschlossen. Er wäre für Putin wohl auch eine unberechenbare Wahl. Prochorow war vom 25. Juni bis zum 15. September 2011 Vorsitzender der Partei „Rechte Sache“. Im Vorfeld der Parlamentswahlen war er im vergangenen Jahr nach internen Auseinandersetzungen aus der Partei ausgetreten und hatte sie öffentlich als Erfindung beziehungsweise „Puppenprojekt des Kremls“ bezeichnet. Einige seiner zentralen Forderungen, darunter die Abschaffung der Wehrpflicht und der Verkauf sämtlicher staatlicher Massenmedien, wären in der neuen Regierung wohl auch nicht durchzusetzen.

Auch über die politische Zukunft des ehemaligen Finanzministers Alexej Kudrin werden in den Medien immer wieder Mutmaßungen angestellt. Kudrin verfügt über langjährige Regierungserfahrung, genießt Rückhalt in breiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch bei der Mittelschicht, und gilt als kluger

Strategie. Bisher lehnt auch er einen Posten in der Regierung ab. Seine Berufung wäre ohne politische Zugeständnisse nicht umsetzbar. Sein offen ausgetragener Konflikt mit Medwedew über die Erhöhung des Militärhaushaltes hatte letztlich zu seinem Ausscheiden aus der Regierung geführt. Kudrin lehnt folglich die geplanten Mehrinvestitionen im Militärssektor weiterhin entschieden ab; des Weiteren hat er sich für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ausgesprochen – dies wiederum schließt Putin bislang aus. Nach längeren Spekulationen gab Kudrin Anfang April bekannt, keine eigene Partei gründen zu wollen. Vielmehr plane er gemeinsam mit einer Gruppe aus Politikern, politischen Beratern, Ökonomen und Journalisten die Gründung eines Beratungsgremiums. Zu den (bislang) 37 Mitgliedern dieser Gruppe zählen unter anderen der Politiker Leonid Gozman, der Ökonom Igor Yurgens, der Politikberater Mikhail Dimitriyev und der Fernsehjournalist Wladimir Posner. Die Gruppe sei ohne vorherige Absprache mit Putin oder Medwedew gegründet worden, so Kudrin. Dementsprechend werde sie ihre Konzepte nicht nur der Regierung, sondern auch der Opposition zur Verfügung stellen. Das Beratungsgremium plant, im Sinne eines Thinktanks politische Konzepte zu erarbeiten und diese an Politik und Öffentlichkeit heranzutragen.

Der Regierungsbildung kann mit einiger Spannung entgegengesehen werden. Die Besetzung der ersten Posten wird wahrscheinlich erst nach der Vereidigung Putins öffentlich gemacht werden. Den Posten des Regierungschefs hat Putin bereits mehrfach Medwedew zugesichert. Nachdem Medwedews Umfragewerte nach dem Verzicht auf eine zweite Amtszeit als Präsident stark abgefallen sind, wird er sich das Vertrauen der Bevölkerung neu erarbeiten müssen. Insbesondere die Liberalen, die viele Hoff-

nungen in ihn gesetzt hatten, waren von dieser Entscheidung irritiert.

Außenpolitische Implikationen

Nach der deutlichen Kritik der Europäischen Union und der OSZE an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland kommt es nun darauf an, den Dialog mit Russland nicht abbrechen zu lassen. Es gilt das Schweigen zu überwinden und Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. „Stereotypische Vorstellungen“ und „Angst“, so Putin in zahlreichen Interviews, prägten die Beziehungen des Westens zu Russland. Auch auf russischer Seite bestehen Vorbehalte und Missverständnisse bezüglich der politischen und militärischen Interessen der USA, der NATO und der Europäischen Union.

In den Beziehungen mit der Europäischen Union werden die Themenkomplexe Visumfreiheit und Einhaltung der Menschenrechte zentrale Punkte auf der politischen Agenda bleiben. Russland wird weiter um ein Abkommen zur Visumfreiheit mit der Europäischen Union bemüht sein. Die Europäische Union wird ihrerseits Kritik am mangelnden Respekt vor den Menschenrechten üben, beispielsweise bei der Pressefreiheit. Entlang dieser Konfliktlinien kann man jedoch eine Konstanz in den Außenbeziehungen erwarten. Das von Putin geplante Projekt einer „Eurasischen Union“ offenbart jedoch auch eine zunehmende Fokussierung auf den post-sowjetischen Raum. Geplant ist, die bereits bestehende Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan auszubauen und die politische und ökonomische Integration

mit diesen Staaten zu stärken. Auch innerhalb der NATO wären die Mitgliedstaaten gut beraten, den Dialog mit Russland frühzeitig zu suchen. Der Westen kann und sollte auf eine Zusammenarbeit mit Russland nicht verzichten, um aktuellen Herausforderungen in Krisenregionen zu begegnen. Dies gilt im Falle Syriens genauso wie für den Iran. Die unterschiedlichen Ansichten in der Syrien- und Libyenpolitik zwischen Russland und den meisten westlichen Staaten haben erneut auf deren unterschiedliche außenpolitische Philosophien aufmerksam gemacht. Die Spannungen beruhen darauf, dass Moskau auf Nichteinmischung pocht, während der Westen humanitären Interventionen wesentlich offener gegenübersteht. Auch hier wird es in der Zukunft erneut unterschiedliche Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten geben.

Insgesamt ist durch die politischen Prozesse der letzten Monate eine neue Grundstimmung in der russischen Politik entstanden, die auch zu einer kritischen Selbstreflexion der Akteure geführt hat und neue Chancen in den europäisch-russischen Beziehungen eröffnen könnte. Im wirtschaftlichen Bereich steht Putin international für Stabilität; hier sind keine Überraschungen zu erwarten. Im Gegenteil, gerade im Bereich der Energiepolitik bestehen Chancen auf eine noch engere Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union. Aus der Sicht des Westens gilt es neue Anstrengungen zu unternehmen, um Russland in einen konstruktiven Dialog einzubinden, der dann auch Impulse für wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen geben könnte.